

Premier Jean-Claude Juncker zu Gast bei „Interlycées“

„Ansprüche zurückschrauben“



Foto: Hervé Montaignu

Der Premierminister versuchte Überzeugungsarbeit in Sachen Europa zu leisten

Tom Wenandy

Die Initiative „Interlycées“ lädt in regelmäßigen Abständen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft zu Gesprächen mit Schülern ein. Vornehmlich europapolitische Themen standen auf der Tagesordnung der gestrigen Konferenz mit Premierminister Jean-Claude Juncker.

Unter dem Motto „Die Entscheidungsträger von morgen treffen die Entscheidungsträger von heute“ stellte sich nach namhaften Gästen wie z.B. Yves Mersch, dem Präsidenten der Luxemburger Zentralbank, oder Wirtschaftsminister Jeannot Krecké gestern also Staatsminister Jean-Claude Juncker den Fragen von rund 400 Oberschülern aus acht Luxemburger Lyzeen. Im Vorfeld zum Kulturjahr 2007 nahmen auch erstmals Schüler aus Thionville und Arlon an den Gesprächen teil.

Einleitend ging Juncker ausführlich auf die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union und des Europarats ein. Er unterstrich dessen maßgebende Rolle in Kultur- und Menschenrechtsfragen.

Erfolgstory Euro

Dass er ein überzeugter Europäer ist, zeigte Juncker erneut, als er auf die wirtschaftliche Bedeutung der europäischen Einheitswährung einging. „Der Euro, an dessen Erfolg viele anfangs gezweifelt haben, ist auf allen Ebenen einzigartig“, so seine Aussage. Viele bis zum Zeitpunkt der Einführung existierenden Probleme bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und der innereuropäischen Konkurrenz seien durch den Euro gelöst worden.

Die Unbeliebtheit der europäischen Verfassung ihrerseits sei auf ein mangelndes Verständnis seitens der Bürger, vielleicht aber auch auf unzureichende Erklärungen der Politiker zurückzuführen, so Juncker. „Wollen wir lediglich eine wirtschaftliche und monetäre EU oder stabile politische Konstruktion im noblen Sinn des Wortes?“ Dies sei die zu stellende Frage.

Angesichts der momentanen

Entwicklung werde die Immigration aus Afrika den europäischen Kontinent in 30 Jahren vor Herausforderungen stellen, welche ohne stabile Verfassungsgrundlage kaum zu meistern seien, argumentierte der Staatsminister.

Wenn es uns nicht gelingt, ein Europa der Solidarität zu schaffen, werden die Menschen sich von der europäischen Idee abwenden, so die Aussage von Juncker.

Im Zusammenhang mit dem freitäglichen Schülerstreik fiel es Juncker sichtlich schwer, seinen Unmut zu verbergen. Einerseits beschleunigte er der Streikbewegung „limitierte Talente“, andererseits betonte er ebenfalls, dass die ihm bekannten Jugendlichen, welche sich in staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen befunden

hätten, sich in keinster Weise um eine feste Arbeitsstelle bemüht hätten. Schuld an dieser Situation seien in verschiedenen Fällen aber auch die jeweiligen Behördenleiter, die den Jugendlichen falsche Hoffnungen bezüglich einer etwaigen Festanstellung nach Ablauf der Beschäftigungsmaßnahme machen würden.

Auf die Sparpolitik der Regierung angesprochen, rechtfertigte Juncker erneut das von der Tripartite beschlossene Maßnahmenpaket. „In den nächsten beiden Jahren müssen wir weniger anspruchsvoll sein. Wir müssen über den Tellerrand hinaus schauen.“ Der Premier sprach sich ebenfalls für einen verstärkten Ausbau des Dienstleistungssektors aus.

Europäische Verfassung, 5611 ...

Einige Kernaussagen

„Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, an einem Montagmorgen pünktlich von Frankreich aus nach Luxemburg zu gelangen. Meine Regierung scheint unfähig zu sein, den grenzüberschreitenden Transport angemessen zu organisieren.“ Der Staatsminister bei der verspäteten Ankunft der Schüler aus Thionville.

„Als die Lothringer mehrheitlich gegen den europäischen Verfassungsvertrag stimmten, hatte ich – wenn auch nur kurz – Lust, die Grenzkontrollen wieder einzuführen und die Grenzgänger nochmals in Genuss von Wartezeiten am Grenzübergang kommen zu lassen.“

„Wir schauen zu, wenn andere sterben, aber wir unternehmen nichts.“ Juncker zur Problematik von Armut und Hungersnot.

„Wenn die großen Länder zu schwach sind, etwas gegen die Armut in der Welt zu unternehmen, muss man sie zusammenschließen, um ihnen etwas von ihrer Schwäche zu nehmen.“

„Ich plädiere gegen eine Rückkehr zum nationalen Egoismus. Denn dieser ist und war immer die Quelle von Unheil.“

„Leben ist nicht immer nur Spaß. Leben heißt auch arbeiten.“ Die Aussage des Premiers an die Adresse der Schüler bezüglich des Streiks vom vergangenen Freitag.

„Ich schätze Jugendliche, die sich für eine Sache einsetzen, die sich bewegen, welche dies aber in einer fundierten Debatte, nicht aber in einer spontanen Bewegung und mit begrenztem Talent tun.“

„Wir wären nichts, wenn wir nur die luxemburgische Sprache beherrschen würden. Wir wären nichts, wenn wir die luxemburgische Sprache nicht beherrschen würden. Und dies ist kein Widerspruch.“ So Juncker auf die Kritik einer Schülerin, dass viele Grenzgänger der Luxemburger Sprache nicht mächtig seien.

5611: Regierungsparteien tragen Kritik Rechnung

Ausschuss stimmt Nachbesserungen zu

Gestern hat sich der zuständige Parlamentsausschuss mit dem umstrittenen Gesetzesprojekt 5611 befasst und 14 Nachbesserungen angenommen. Damit tragen die Regierungsparteien CSV und LSAP der im Vorfeld geäußerten Kritik Rechnung.

Gestrichen wird die ursprüngliche im Anschluss an eine Beschäftigungsmaßnahme vorgesehene Karenzzeit. Wieder eingeführt wird dagegen der Anspruch auf Arbeitslosengeld für qualifizierte bzw. nicht-qualifizierte Arbeitsuchende nach 26 bzw. 39 Wochen.

Verbesserungen wird es beim geplanten CIE (Contrat d'initiation-emploi) und CAE (Contrat d'appui-emploi) geben. Die Entschädigung von 80 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns sei beim CIE zwar geblieben; dafür kämen aber ein Ausbildungsplan, die Ausbildung von Tutoren, eine fakultative Prämie und ein Einstellungsversprechen hinzu, so der Co-Berichterstatter Romain Schneider dem *Tageblatt* gegenüber.

Wichtig aus Sicht der LSAP sei auch die Frist von sechs Monaten. Diese Zeit soll die ADEM sowohl infrastrukturell als auch personell für die Umstellung nutzen. Die Bestimmungen werden demnach erst zum 1. Juli in Kraft treten.

Wichtig in Zusammenhang mit der Karenzzeit sei die Möglichkeit einer zwei- bis sechsmontatigen Wartezeit beim Bezug des Arbeitslosengeldes, wenn die Bedingungen des Aktivierungsvertrags vom Arbeitssuchenden nicht erfüllt würden, so Marc Spautz dem *Tageblatt* gegenüber. Hinzu kommt ein verbessertes Einspruchsrecht, das über eine zuständige Kommission wahrgenommen werden kann. Spautz pocht auch auf die Philosophie des Textes, bei dem es darum gehe, Menschen für den Arbeitsmarkt fit zu machen und in Beschäftigung zu bringen.

Morgen werden die Berichterstatter Romain Schneider und Marc Spautz die Nachbesserungen im Detail während einer Pressekonferenz erläutern. **a.f.**

Lehrauftrag im Sekundarunterricht

Lehrerkomitees beraten über Kompromiss

Nach zähen Verhandlungen hatten sich Regierung und „Inter-syndicale“ am 9. November im Hinblick auf die Neudefinition des Lehrauftrags im Sekundarunterricht auf einen Kompromiss geeinigt, über den die Gewerkschaften heute mit den Lehrerkomitees beraten wollen

Die erzielte Einigung bezieht sich auf drei Elemente: die Neudefinition der sogenannten „Lettre ministérielle“. Die darin vorgesehene freie Stunde wird für den Unterricht bzw. den Schulbetrieb zur Verfügung gestellt und für Beratung, Elternarbeit, Weiterbildung, Projektarbeit ... genutzt. Der Lehrauftrag sieht

weiterhin 21 Stunden vor. Hinzu kommt eine vielfältig nutzbare Arbeitsstunde.

Darüber hinaus werden Lehrern vier freie Stunden zugestanden, die im Alter von 45, 50 und 55 Jahren erfallen. Ab 55 werden zwei der vier freien Stunden fällig. Das dritte Element sieht eine Herabsetzung der Unterrichtskoeffizienten vor.

Zu guter Letzt soll die Regierung im Laufe dieses Jahres die Möglichkeit von Zeitkonten für den Sekundarunterricht prüfen. Die Einführung von Zeitkonten für Lehrer zählt zu den langjährigen Forderungen der Gewerkschaften. **a.f.**

50 Jahre **Deutscher Presserat**

Luxemburgs Presserat gratulierte in Berlin

Genau ein halbes Jahrhundert nach seinem Gründungstag feierte der Deutsche Presserat gestern, Montag im Museum für Kommunikation in Berlin sein 50-jähriges Bestehen.

Hermann Neusser, Vorsitzender der Trägergemeinschaft Deutscher Presserat und Verleger des General-Anzeiger Bonn, überreichte nach seiner Begrüßungsansprache, in der er die Auffassung vertrat, dass im Journalismus nicht alles, was recht ist, auch ethisch vertretbar ist, eine grundlegend überarbeitete Version des Pressekodex an den deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler. Dieser unterstrich in einer Grundsatzrede das Prinzip, dass sich Journalisten und Verleger im Presserat aus freiem Willen den publizistischen Grundsätzen unterwerfen.

Ein interessanter Programmpunkt der Jubiläumsfeier war eine Podiumsdiskussion, moderiert von der bekannten ARD-Journalistin Anja Reschke (Pano-

rama) zum Thema „Die Presse zwischen Freiheit und Kontrolle – Freiwillige Selbstregulierung auf dem Prüfstand“ mit Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio (Richter am Bundesverfassungsgericht), Bodo Hombach (Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe), Giovanni di Lorenzo (Chefredakteur *Die Zeit*), Bacsha Mika (Chefredakteurin *taz-die tageszeitung*), Prof. Peter Voss (Intendant Südwestrundfunk) und Fried von Bismark (Verlagsleiter Spiegel-Verlag und Sprecher des Deutschen Presserates).

Luxemburgs Presserat, der seit langen Jahren gute Beziehungen zum Deutschen Presserat – einer der ältesten Institutionen der Medienkontrolle in Europa – unterhält, war beim Festakt in Berlin durch Präsident Roger Infalt und Generalsekretär Joseph Lorent vertreten. Sie überreichten an Fried von Bismarck als Geburtstagsgeschenk eine Nachbildung in Stein des Luxemburger Nationalwappens aus der Muséeal-Kollektion.